

# Wissenschaftliche



# Zeitung

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erschließungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bornhaldt, Verantw. Redakteur (in Ausw.) H. Handloppel, Carl Meiß, Berlin, Unverf. Manuskripte werden nur zurückgezahlt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Roskstraße 22-26

Paragraf-Zentrale Ullstein, Am Dönhof 5000-3663, für den Fernverkehr Am Dönhof 3696-3605, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postfachkonto Berlin 628

## Mondfinsternis.

In den Kreisen der Astrologie-Begeisterten, die in den letzten Wochen über die finsternen einer Wiedereinführung der geanderten Vernunft in öffentliche Bedenken geraten waren, glaubt man aufstehen zu können. Aus London kommt Nachrichten, die recht besorgt klingen, und in Berlin ist heute in aller Frühe ein besonderer Ministerrat zusammengezurufen worden, der ausdrücklich festgestellt hat, daß die Haltung der deutschen Delegation in der Räumungsfrage von der Regierung gebilligt wird. Diese Feststellung trifft ohne Zweifel für die gesamte deutsche Öffentlichkeit zu, soweit sie nicht dem extremen Lager auf der Seite liegt. Wir sind weit entfernt, einem übertriebenen Optimismus zu huldigen. Wir haben nie geglaubt, daß es ein Anzeichen sein werde, daß bei der ersten Verhandlung nach Jahren eines latenten Kriegszustandes eine hundredprozentige Lösung zu erzielen.

Diese Art von Optimismus wird der rechtsabstabilen Presse vorzuziehen, die von vornherein entschlossen war, jeden politischen Erfolg als eine Kleinigkeit, als eine Selbstverständlichkeit hinzunehmen und jede auftauchende Schwierigkeit für die Zwecke ihrer innerpolitischen Erpressungsmanöver zu benutzen. Diese Taktik ist durchsichtig, ihre Schlußfolgerungen aber, auch wenn es Leute gibt, die es für eine „Auffklärung“ erklären, wenn sich hinter den Verhandlungen eine harte Menge aufstellt, die ihre Kritik zum Ausdruck bringt und zu wünschen gibt, daß sie schon dafür sorgen werde, daß aus dem Handel nichts mehr.

Gegenüber den Hoffnungen auf Lösungen für die Erwartung Ausdruck geben, daß die Verhandlung der Londoner Ausläufer nur vorübergehenden Charakter trägt. Es mag primitive Stoffe geben, die bei einer Währungsreform als Hindernisse, das Hindernisse sei von einem hohen Grad gestreift werden und endgültig verschwinden. Nur Ruhe: es kommt wieder.

Um Übrigen läßt die rechtsabstabile Presse gut daran, sich in diesen kritischen Tagen einer gewissen Zurückhaltung zu enthalten. Diese Schrift haben am allermeisten der Recht, als Währungsreform und Währungsreform aufzufassen. Ein Einheitsfront mit dem Kommando „Augen rechts“ wäre das Schlimmste, was in der außen- und innenpolitischen Lage verfaßt werden könnte. Der noch vor wenigen Monaten der passiven Widerstand als eine feste und harte Widerstand gelabelt und zum „aktiven“ Widerstand — also zum „Sarkastik“ — aufgerufen hat, kann nicht beanpruchen, daß seine Maßnahme für friedliche Verhandlungen Beachtung finden.

Die Dinge können und sollen in diesem Augenblick nicht weiter vordringen. Uns scheint es, als verlange gerade eine so hartnäckige Lage, wie sie sich in London herausgekehrt hat, eine harte Zurückhaltung derer, die weit vom Schuß sind. Vor allem wäre es das Beste, wenn es gelänge, wenn die Haltung der französischen Delegation zum Gegenstand von Erörterungen der nächsten Tagung gemacht würde. Die Beschäftigung des Vertragsgegners ist eine schlechte und dumme Methode. Wenn ihre Ablehnung als „Freigabe nationaler Interessen“ begründet werden sollte, so würde das nur bedeuten, welche Begriffswelt der Vertrag einengen will. Das dem französischen Ministerpräsidenten am nächsten stehende Blatt, die „Cra Nouvelle“, hielt ohne Zweifel in dem Mittel der Welt den französischen Interessen, wenn sie die Haltung der französischen Delegation zum Gegenstand der nächsten Tagung folgende Würdigung zuteil werden läßt.

Man möchte geradezu erkennen, daß bisher im Laufe der direkten Verhandlungen die Führer der deutschen Regierung wirklichen Willen auf friedfertigen Annäherung zu weisen haben, einen Willen, der dem entspricht, von dem sich die Politik der französischen Regierung leiten läßt. Welcher Art dieser Willen, welcher Entschlossenheit, wenn es an dem Interesse liegt Landes und an dem Wiederanbau Europas liegt, wird es in diesen ersten Stunden wagen, dem Wege der guten Dieners des Friedens ein Hindernis aufzuwerfen? Was uns anbetrifft, so vertrauen wir dem Geiste der Gerechtigkeit und der Verantwortung der Parteien, ebenso sehr wie der hohen Auffassung des Reichsanwaltes Blatz, und wir hoffen, daß endlich der Weg der Verhandlung unter der Aufsicht der Partei, von dem Frieden her einbilligende Schritte gehen wird, und eines Tages auch eine Zusammenarbeit der großen Völker, die gegenseitig Feinde waren und heute bereit zu erster Arbeit find, für die Zivilisation und für den Fortschritt der Menschheit.

Zatäglich ist für das Endebringen die Frage entstanden, ob es gelingt, das gegenständig. Wir glauben, so man in diesem Augenblick, daß der neue Weg einer fortwährenden und sachlichen Zusammenarbeit erst einmal beschritten werden kann. Eine Politik, die zeigen würde, daß in Deutschland die Führung der Wille geleistet ist, wäre die wirksamste Unterstützung der Bemühungen, dem deutschen Volk endlich den inneren und äußeren Frieden zu verschaffen.

## Reichsfinanzlerreise nach Berlin?

### Konferenz mit den Parteiführern.

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung“.

M. R. London, 14. August.

Innerhalb der deutschen Delegation wird für den Fall, daß die deutsch-französisch-belgischen Verhandlungen sich weiter vertiefen sollten, eine Reihe des Reichsanwaltes und des Ministerpräsidenten nach Berlin, eventuell unter Berufung der Parteiführer nach London zu einer Aussprache zwischen der Delegation und den Parteiführern erwogen.

Die für 1/10 Uhr vormittags angesetzt gewesene Fortsetzung der deutsch-französisch-belgischen Verhandlungen über die militärische Räumung wurde mit 1/10 Uhr beginnender Verspätung erst um 11 Uhr eröffnet. Die Teilnehmer waren die gleichen wie gestern. Zur Stunde dauern die Beratungen noch an. Die französische Antwort auf die deutsche Frage, den Anfangstermin der Räumung betreffend, ist noch nicht bekannt. Nach Lage der Dinge ist nicht anzunehmen, daß heute schon irgend welche Erfolge der Vermittlungs Bemühungen erreicht werden.

Die handelspolitischen Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Delegation sind ebenso wie die über die Räumung ins Stocken geraten. Da der französische Ministerpräsident erklärt hat, daß er die Räumungsfrage als ein durchaus isolierte betrachte, glaubt die deutsche Delegation keine Veranlassung zu haben, dem französischen Drängen nachzugehen und handelspolitische Forderungen zu forcieren. Es können nach der Londoner Konferenz mit mehr Ruhe und größerer Sachlichkeit weitergesprochen werden.

## Ministerrat in Berlin

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten.

Heute morgen 7.30 Uhr fand in der Reichskanzlei ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten statt. Zur Erörterung stand die durch die gestrigen Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Delegation über die Frage der militärischen Räumung der vertragswidrig besetzten Gebiete entstandene Lage.

Der Ministertrat erklärte sich mit der Stellungnahme der deutschen Delegation in vollem Umfang einverstanden.

\*

Die deutsche Stellungnahme zur der Frage der Räumung des Belgisch- und der übrigen vertragswidrig besetzten Gebiete läßt sich dahin umschreiben, daß die deutsche Regierung daran festhält, daß die Räumung in möglichst kurzer Frist erfolgen und der belgischen Delegation über die Frage der militärischen Räumung der vertragswidrig besetzten Gebiete zustandene Lage.

## Einigung über die Errichtung der Reichsbahn-Gesellschaft.

Nach den Beschüssen des Zweiten Ausschusses der Londoner Konferenz ist folgendes über die Übergabe der Eisenbahnen im besetzten Gebiet beschlossen und von der deutschen Delegation bereits ausgeführt worden:

Die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ist 35 Tage nach Annahme des entsprechenden Beschlusses vom Reichstag zu bilden. Wiergen Tage später wird die neugebildete Reichsbahn-Gesellschaft mit den Reichsbahnen auf ihrer Rechnung übernommen und im Verlauf von weiteren sechs Wochen wird die französische Regierung eine Anzahl von Aufgaben übertragen. Diese Aufstellung wird unter Aufsicht des Organisationskomitees erfolgen, in dem die deutsche Regierung durch den Staatssekretär Vogt und den ehemaligen Staatssekretär Bergmann vertreten ist.

## Herriots Kampf um Schulden-Nachlaß.

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung“.

M. R. London, 14. August.

Anzuehmend für die Zustimmung, die die Verhandlungen über den Räumungsplan erfahren haben, ist es, daß Herriot dem englischen Ministerpräsidenten gestern erklärt hat, er würde, wenn die deutsche Delegation bei ihrem „Schrei nach“ bleibe, seine Reserven und nach Paris zurückziehen.

Alle in den vorbereiteten inoffiziellen Unterhaltungen zwischen Dr. Stresemann und Herriot über die militärische Räumung der besetzten Gebiete der Reichsanwalter von „einen Moment“ sprach, in denen die Verhandlungen stappweise aus den Sanftmütigkeiten entfernt werden sollten, wurde Herriot eine Geiste, die man so kräftig konnte, daß er ganz der gleichen Meinung wie und verlor, sich einen Vorschlag zu überlegen, der von Deutschland angenommen werden könnte. Zu der gleichen Zeit wurde im Hauptquartier der französischen Delegation erklärt, daß die Feststellung des Termins keine großen Schwierigkeiten mehr mache, nachdem sich Frankreich immer im Prinzip zur militärischen Räumung entschlossen habe. Zu der gestrigen deutsch-französisch-belgischen Konferenz aber lag Herriot eine einjährige Magazinfahrt vor und hielt an ihr. Als die deutsche Delegation eine so lange Frist entziehen ablegte, mit ihrer Unannehmlichkeit lief und erklärte, daß er mit diesem Vorschlag leide oder falle. In diesem aufwallenden Stimmung in der Haltung des französischen Ministerpräsidenten liegt die Erklärung für den überraschend ungünstigen Verlauf der gestrigen Verhandlungen.

Herriot mußte seit einigen Tagen, daß die deutsche Delegation eine einjährige Magazinfahrt nicht zustimmen würde. Er hat trotzdem gestern kaum einen ernsthaften Schritt gemacht, Entgegenkommen zu zeigen. Er hat allerdings in einer längeren Rede erklärt, daß vielleicht höchstens die Möglichkeit gegeben sein würde, die Magazinfahrt abzukürzen, wenn sich nach Zustimmung des Dawes-Komitee die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich besser gestalten sollten, und er erklärte sich bereit, dem Reichsanwalter in einem Schreiben zuzusagen, daß bei einer günstigeren Gestaltung der politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern die französische Regierung eine frühere Zurückziehung der Besatzungstruppen „in Erwägung ziehen werde“. Aber eine Bindung, eine Verpflichtung, die auch einen anderen französischen Ministerpräsidenten erfüllen sollten, sollte Herriot ab Schwere wagen war, daß er über die Grenzen der Räumung und über den Beginn der Räumung keine Erklärung abgeben wollte. Ueber diesen Punkt hatte man sich innerhalb der französischen Delegation aufsehend noch nicht verständigt. Eine Antwort auf diese Frage wurde für heute in Aussicht gestellt.

So stellen sich, rein äußerlich betrachtet, die Zusammenhänge und Ursachen und Wirkungen dar. Gibt man aber etwas tiefer, dann erkennt man leicht, daß dieses erlebte Ningen um die Räumungsfrage zwischen Deutschland und Frankreich nur die Ausdrucksform ist eines anderen Streites, der zwischen Frankreich einerseits und England und den Vereinigten Staaten andererseits um die interalliierten Schulden geht.

Nach französischer Feststellung wird sich die Einzahlung der Reparationen — auf Grund des Dawes-Plans errechnet — für Frankreich um etwa 8 Milliarden niedriger stellen als die Summe, die es den Alliierten schuldet. Das heißt bedeutet, daß die französische Regierung ist bereit, dieses Defizit durch Erlangung eines Schuldennachlasses in der gleichen Höhe zwischen England und Frankreich auszugleichen. Herriot hat während der Londoner Konferenz bei Macdonald und bei Hughes mehrfach dieses Thema angeht und hat von den Vereinigten Staaten eine ziemlich scharfe Ablehnung und bei Macdonald nur das was eine Zugeständnis einer interalliierten Schuldent Konferenz erhalten, die in einigen Wochen zusammenzutreten soll. Herriot glaubt, den Dawes-Plan und die militärische Räumung des Belgisch- und der Ruhr-Gebiets vor der Kammer und insbesondere vor dem Senat nur verteidigen zu können, wenn er bedeutende finanzielle Kompensationen nach Paris mitbringt. Da er es auf dem Gebiete der Schulden an die Alliierten nicht zu erreichen vermag, sucht er sie bei Deutschland zu erreichen: auf rein politischem Gebiet durch die Ausweitung der Räumungsfrist bis zu einem Jahre, auf handelspolitischem Gebiet durch die bekannten Forderungen in der Demission von Herriot.

Man spricht es nicht offiziell aus, aber man weiß es allgemain in London, daß eine verpflanzende Zusage Englands hin-